

Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche SPD zieht Antrag auf Abschaffung zurück

Die SPD verzichtet auf ihren Antrag zur Streichung des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche aus dem Strafgesetzbuch (§ 219 a), um mit der Union nach einer gemeinsamen Lösung zu suchen. Die SPD-Bundestagsfraktion werde ihren Gesetzentwurf nicht zur Abstimmung stellen, hieß es in einer gemeinsamen Erklärung der Fraktionsspitzen. Die Bundesregierung werde aufgefordert, Möglichkeiten einer Lösung zu prüfen und einen Vorschlag vorzulegen, erklärten die Fraktionschefs von SPD und Union, Andrea Nahles (SPD) und Volker Kauder (CDU), sowie CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt. Union und SPD haben damit ihren Streit über das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche vertagt, um einen Fehlstart der neuen Bundesregierung zu verhindern. Aus SPD-

Fraktionskreisen hieß es, die Union habe sich „auf uns zubewegt“. Sie sei davon abgerückt, nicht über das Thema sprechen zu wollen. „Unser Ziel bleibt, die Rechtssicherheit zu stärken“, erklärte Nahles. In der Unionsfraktion habe Erleichterung darüber geherrscht, hieß es dem Vernehmen nach. Die Union hatte zuletzt eine Verfassungsklage erwogen. Grüne und Linke kritisierten die SPD für die Rücknahme des Antrags. Die SPD hatte erst Anfang März erklärt, dass sie angesichts der bestehenden Differenzen mit der CDU ihren im vergangenen Jahr erarbeiteten Entwurf nun in den Bundestag einbringen werde. Eine Streichung des umstrittenen Gesetzes fordern auch Linke und Grüne, während die FDP für eine Abschwächung eintritt. Union und AfD wollen das Gesetz beibehalten. *dpa/afp/may*

Medizinstudium

NRW will Quotenplätze selbst vergeben

Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen (NRW) will die Studienplätze für angehende Landärzte künftig selbst vergeben. „Wir werden eine zentrale Stelle einrichten, die die zehn Prozent der Studien-

plätze vergibt, die auf die Landarztquote fallen“, kündigte Karl-Josef Laumann (CDU) in der jüngsten Sitzung der Kammerversammlung der Ärztekammer Nordrhein (ÄKNO) an. Erstmals sollen die Plätze über diesen Weg zum Wintersemester 2018/2019 vergeben werden. Er wisse natürlich, dass die Vergabe von Studienplätzen über die Landarztquote nicht unumstritten sei. Als Gesundheitsminister müsse er aber „die Versorgung von 18 Millionen Menschen im Auge behalten“, sagte Laumann. Dazu zähle auch, dass die Versorgung in ländlichen Regionen des bevölkerungsreichsten Bundeslands sichergestellt sei. „Und wenn wir die Versorgung tatsächlich sicherstellen wollen, müssen wir diese Karte ziehen“, ist er überzeugt. Laumann zufolge sei die Zahl von 2 000 in NRW jährlich ausgebildeten Medizinern zudem zu gering. Kritik übte er an den Hochschulen. CDU und FDP hatten sich in ihren Koalitionsverhandlungen in NRW darauf verständigt, dass alle medizinischen Fakultäten in NRW einen Lehrstuhl für Allgemeinmedizin erhalten sollen. „Eine W3-Professur für Allgemeinmedizin haben wir bis jetzt nur in Düsseldorf“, berichtete er. Die übrigen Universitäten hätten die Stellen zwar ausgeschrieben, besetzt sei aber nicht ein einziger weiterer Lehrstuhl. *ts*



Foto: dpa

Ab dem kommenden Wintersemester soll eine zentrale Stelle in NRW entscheiden, wer einen Studienplatz über die Landarztquote erhält.

plätze vergibt, die auf die Landarztquote fallen“, kündigte Karl-Josef Laumann (CDU) in der jüngsten Sitzung der Kammerversammlung der Ärztekammer Nordrhein (ÄKNO) an. Erstmals sollen die Plätze über diesen Weg zum Wintersemester 2018/2019 vergeben werden. Er wisse natürlich, dass die Vergabe

RANDNOTIZ

Thorsten Maybaum

Vor fast acht Jahren, im August 2010, gab der heutige Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bekannt, dass er seiner Ehefrau eine Niere spenden werde. Dafür nahm er eine Auszeit aus der Politik. Seine Entscheidung sorgte damals für reichlich mediale Aufmerksamkeit. In der Bevölkerung stieg sein Ansehen. Zu Recht, denn Steinmeier gehört mit seiner Entscheidung zu einer absoluten (vor allem männlichen) Minder-

7 zu 36

heit. Wie die Internationale Gesellschaft für Nephrologie und die Internationale Gemeinschaft der Nierenstiftungen mitteilten, erklärten sich nur knapp sieben Prozent der Männer zu einer Nierentransplantation zugunsten der Ehefrau bereit, wenn die medizinischen Voraussetzungen dafür erfüllt waren. Bei Ehefrauen ist die Spendenbereitschaft rund fünfmal höher: 36 Prozent der Frauen spendeten ihrem erkrankten Lebenspartner eine Niere. Die Analyse stützt sich auf Daten von Eurotransplant, die für die Zuteilung von Spenderorganen in Deutschland und sieben anderen europäischen Ländern zuständig ist.

Über die Gründe für die Unterschiede ist indes wenig bekannt. Die kanadische Medizinprofessorin Adeera Levin bezeichnete es als schwierig, einen bestimmten Grund für die größere Spendenbereitschaft von Ehefrauen hervorzuheben. Aus ihrer Sicht deutet vieles darauf hin, dass Frauen von Altruismus und dem Wunsch, das Überleben eines Familienmitglieds sicherzustellen, motiviert sind. Das sollte vor allem dem männlichen Geschlecht zu denken geben. Nachdenklich stimmen die sieben und 36 Prozent aber so oder so. Denn die Quote darf bei beiden Geschlechtern nicht als wahnsinnig hoch bezeichnet werden.